

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n s y

305

Wien, am Dienstag, den 27. November 1923.

-----  
Beitritt der Gemeinde zum Institut für Auslandsrecht. Die Gemeinde Wien ist dem im Juni dieses Jahres gegründeten Österreichischen Institut für Auslandsrecht beigetreten. Das Institut bezweckt die Sammlung des gesamten Gesetzes- und Entscheidungsmaterials der Auslandsstaaten, einschliesslich der einschlägigen Literatur. Vor allem sollen die Gesetze und Entscheidungen jener Nationalstaaten gesammelt werden, die für Deutschösterreich hauptsächlich in Betracht kommen. Den Interessenten soll durch die Errichtung und Erhaltung einer an die einschlägige Bücherei angeschlossene Auskunftsstelle die Erlangung guter und verlässlicher Auskünfte auf kurzem Wege geboten werden. Da die Gemeinde durch ihre vielfachen Beziehungen zu den altösterreichischen Nachbarstaaten ein Interesse hat, von dem Rechtsstand in diesen Staaten unterrichtet zu werden, hat der Stadtsenat heute den Beitritt der Gemeinde zu diesem Institut und den einmaligen Stifterbeitrag von zehn Millionen Kronen genehmigt.

-----  
Eine Ehrengabe für die Witwe des Schriftstellers Hawel. Der Stadtsenat hat heute die Verfügung des Bürgermeisters, nach der dem am 23. d. verstorbenen Wiener Volksschriftsteller Rudolf Hawel, eine einmalige Ehrengabe von fünf Millionen Kronen bereits Mitte November ausgefolgt worden ist, nachträglich genehmigt. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass der Witwe Aloisia Hawel eine einmalige Ehrengabe von ebenfalls fünf Millionen Kronen zu gewähren sei. Im Hinblick auf die hohe Bedeutung Rudolfs Hawels als Schriftsteller, vor allem auf dem Gebiete des Volksstückes, ferner in Würdigung der Tatsache, dass er bei all seinen hervorragenden schriftstellerischen Leistungen immer die spezifisch wienerische Note zur Geltung gebracht hat, genehmigte der Stadtsenat auch die Verfügung des Bürgermeisters, nach der die sterblichen Reste Rudolfs Hawels in einem Ehrengrabe der Stadt Wien bestattet werden.

-----  
Die Instandsetzung des Rathauses. In der nächsten Sitzung des Gemeinderates wird ein Antrag behandelt, der die Genehmigung eines Betrages von 600 Millionen Kronen für die Kosten der Instandsetzung der Freitreppe vor dem Neuen Rathaus enthält. Inzwischen schreiten die Arbeiten zur Ausbesserung der Schauflächen des Riesengebäudes rüstig fort. Gegenwärtig arbeiten die Steinmetze in der an der Westseite des Rathauses errichteten Werkstätte an der weiteren Vorbereitung der erforderlichen Quadern und Zierate, worauf nach Eintritt der besseren Jahreszeit sofort die kürzlich erst unterbrochenen Arbeiten an den Schauflächen selbst wieder aufgenommen werden. In der gestrigen Sitzung des städtischen Finanzausschusses wurde nach einem Antrag des amtsführenden Stadtrates Siègel beschlossen, für diese Vorarbeiten einen Betrag von 100 Millionen Kronen zu bewilligen. Die vollständige Renovierung des Neuen Rathauses, die bekanntlich in diesem Jahre beschlossen worden ist, wird ungefähr zwei Jahre dauern.

Wien, Dienstag, den 28. November 1923. Nachmittagsausgabe.

Städtische Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Die Gemeinde Wien eröffnet am Montag, den 3. Dezember eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Sie ist im städtischen Gesundheitsamte I., Rathausstrasse 9, I. Stock untergebracht. Die Beratungsstunden für Männer finden jeden Montag und für Frauen jeden Donnerstag von  $\frac{1}{2}$  7 bis  $\frac{1}{2}$  8 Uhr abends statt.

Unveränderte Gas- und Strompreise. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurden die Preise für Gas und elektrischen Strom für den Ableseabschnitt vom 1. bis 7. Dezember bestimmt. Sie bleiben unverändert, sodaß ein Kubikmeter Gas 1900 K und eine Hektowattstunde Lichtstrom 490 K und Kraftstrom 270 K kostet.

Freie Arztstelle. Im Krankenhaus der Stadt Wien im Lainz wird am 1. Dezember die Stelle eines Abteilungsassistenten an der zweiten medizinischen Abteilung für Tuberkulose besetzt. Die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Zeugnissen versehenen Gesuche sind bis spätestens 30. ds. bei der Direktion des Krankenhauses der Stadt Wien einzureichen.

Die Tätigkeit des städtischen Marktamtes. Das Marktamt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Tätigkeitsbericht für September. In diesem Monat haben die Marktamtsabteilungen 1033 Anzeigen erstattet, wovon 272 auf verschiedene Lebensmittel, 142 auf Preistreiberei, 135 auf Uebertretungen der Gewerbeordnung 121 auf unterlassene Preisanschreibungen, 110 auf Uebertretungen der Eichvorschriften, 100 auf Uebertretungen der Sonntagsruhe und 48 auf Uebertretungen der Marktordnung entfielen. Außerdem kommen 110 Anzeigen auf verschiedene andere Uebertretungen. Nach wie vor wurden starke Milchverfälschungen auch im Berichtsmoate festgestellt. Von 203 Milchproben bei Milchverschleissern, Milchmeiern und auf Bahnhöfen, die der Untersuchungsanstalt übermittelt wurden, langten 164 Gutachten ein. Davon lauten 119 Gutachten auf Verfälschungen und in 45 Fällen wurde die Milch beanständet. In einem Fall, im zweiten Bezirke, wurde festgestellt, daß die Milch 34 Prozent Wasser enthält. Bei einer Milchverschleisserin in Floridsdorf ergab die Untersuchung, daß die verkaufte Milch von ekelerregender Beschaffenheit war und zahlreiche Insektenlarven enthielt. Zahlreich sind die Fälle, in denen stark ranzige Butter, mit einem übermäßigen Wassergehalt beanständet wurde. Ein Gemischtwarenhändler in Hietzing brachte Bruchquargel zum Verkauf, die Holzsplitter, kleine Steinchen und reichlich Maden enthielten. Bei einem Gemischtwarenverschleisser in Hietzing wurden Fischkonserven beanständet, die vollständig bakteriell zersetzt, von unappetitlichem, ekelerregendem Aussehen, somit gänzlich verdorben und zum Genusse ganz ungeeignet waren. Auch Würste wurden beanständet, weil ihnen Erdfarbe beigemischt war. Das Marktamt hat auch den Lebensmittelpreisen erhöhtes Augenmerk zugewendet und auch die Preisforderungen der Strassenhändler überwacht. Es mussten viele Anzeigen wegen übermäßiger Preisforderungen erstattet werden. Erwähnenswert ist auch ein Fall von Verkaufsverweigerung bei Milch. Eine Milchverkäuferin am Neubau verweigerte einer Käuferin die Abgabe von Kindermilch, weil sie sich über die schlechte Qualität zu beschweren wagte. Groß sind auch die Beschlagnahmen und vernichtenden Lebensmittelmengen. Es mussten 9450 kg Obst, 4550 kg Gemüse, 490 kg Kartoffel, 900 K Sauerkraut, 224 kg Fleisch, 146 kg Geflügel, 272 kg Pilze, 77 kg Würste, 28 kg Käse, 2330 kg Fische, 666 Stück Eier u. s. w. beschlagnahmt oder vernichtet werden.